

Anfragen zu Schülerbeförderungskosten und Stromsperren

Februar 2014

Dazu erklärt Frank Eschrich, Vorsitzender der Linksfraktion Pirmasens: **„Nach vier Wochen Desinformation ziehen sich die beteiligten Behörden auf den Standpunkt zurück, die gesetzlich geregelte Möglichkeit, einen Eigenanteil zu erheben, sei höher zu bewerten, als die dafür festgelegten Einkommensgrenzen der Landesverordnung. In den Antragsformularen der Stadtverwaltung zur Übernahme der Schülerbeförderungskosten steht davon allerdings kein Wort. Im Gegenteil: Es werden die gleichen Einkommensgrenzen aufgeführt, bei deren Unterschreitung die Schülerbeförderungskosten komplett zu übernehmen sind. Betroffenen Geringverdienern, die diesen Antrag ernst nehmen, droht allerdings ein böses Erwachen. Im Stadtgebiet kostet die Monatskarte 36 Euro, davon sollen die Antragsberechtigten aber 27 Euro als Eigenanteil selbst bezahlen. Die sogenannte Übernahme der Schülerbeförderungskosten im Stadtgebiet beschränkt sich also auf 9 Euro. Für auswärtige Schüler entsprechend mehr, je nach den Kosten des Schülertickets. Die Erhebung von Eigenanteilen, die wir unterhalb der Einkommensgrenze nach wie vor für rechtswidrig halten, wird in den in den Sekundarstufe II-Schulen ausgeteilten Merkblättern allerdings ebenso verschwiegen, wie im Antrag selbst. Dies nennt man eine klassische Mogelpackung. Klarheit werden die Klagen von Betroffenen bringen.“**

Trotz mehrfacher Zusage ist die Stadtverwaltung nicht bereit, Zahlen und Fakten zu den in Pirmasens verhängten Stromsperren des jeweiligen Vorjahres ohne Aufforderung zu liefern. Deshalb wurde eine erneute Anfrage der Linksfraktion notwendig. Neben den Zahlen aus dem Jahr 2013 interessiert uns vor allem, wie das Saarbrücker Modell zur Vermeidung von Stromsperren in Pirmasens konkret umgesetzt wird. In einem Schreiben der Stadtwerke an die Ratsmitglieder und presseöffentlich wurde verlautbart, das Saarbrücker Modell würde in Pirmasens bereits seit Jahren umgesetzt. Kernstück des Saarbrücker Modells ist eine Einwilligungserklärung von Sozialleistungsbeziehern, die einen Datenaustausch zwischen den Stadtwerken und dem Jobcenter ermöglicht.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion Pirmasens, Frank Eschrich: **„Dies war eine der Maßnahmen, die die Linksfraktion am 19.12.2012 beantragt hatte und die vom Stadtrat im Beisein von Stadtwerkechef Kreibich mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Kreibichs Begründung lautete damals, er habe keinen Einblick in die Sozialdaten seiner Kunden und könne und dürfe das Jobcenter deshalb nicht über drohende Stromsperren informieren. Daher seien präventive Maßnahmen aus datenschutzrechtlichen Gründen unmöglich. In dieser Haltung wurde Kreibich von Oberbürgermeister Matheis unterstützt. Sich nun hinzustellen und zu behaupten, dass Saarbrücker Modell wäre in Pirmasens bereits seit Jahren umgesetzt, ist dreist. Mit unserer Anfrage werden wir der Sache auf den Grund gehen.“**

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens

Alle Anträge und Anfragen der Linksfraktion sind in der Rubrik "Anträge" im Wortlaut einsehbar